

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Fabio De Masi, Matthias W. Birkwald, Jörg Cezanne, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
– Drucksache 19/8272 –

Kürzungspolitik beenden – Eurozone zukunftsfest machen

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 19/8283 –

Für einen stabilen Euro – Kluge Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion und gezielte Investitionen in der Eurozone

A. Problem

Aus Sicht der antragstellenden Fraktionen muss die Europäische Union kluge Reformen auf den Weg bringen und in die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger investieren, um die großen Herausforderungen unserer Zeit anpacken zu können. Aktuell sind jedoch die Arbeitslosigkeit und die soziale Ungleichheit in der Eurozone weiterhin hoch und bedrohen die Zukunft des europäischen Zusammenhalts.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/8272 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/8283 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/8272 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/8283 abzulehnen.

Berlin, den 3. April 2019

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer

Vorsitzender und Berichterstatter

Eckhardt Rehberg

Berichterstatter

Johannes Kahrs

Berichterstatter

Otto Fricke

Berichterstatter

Dr. Gesine Lötzsch

Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Johannes Kahrs, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Lötzsch und Sven-Christian Kindler

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 86. Sitzung am 14. März 2019 den Antrag auf **Drucksache 19/8272** und den Antrag auf **Drucksache 19/8283** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen. Der Antrag auf Drucksache 19/8272 wurde zudem zur Mitberatung an den Finanzausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern,

1. im Einklang mit dem deutschen Stabilitätsgesetz von 1967 sowie den EU-Vorgaben zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Abbau der chronischen Leistungsbilanzüberschüsse sowie zur Verringerung der Investitionslücke Deutschlands zu ergreifen,
2. sich in der Eurogruppe für eine Ausgestaltung des Haushaltsinstruments für die Eurozone einzusetzen, das der Abfederung asymmetrischer Schocks dient, das nicht zu Lasten des EU-Haushalts finanziert wird und nicht an nachfrage- und investitionshemmende Strukturreformen geknüpft ist. Die Finanzierung sollte über die Bekämpfung von Steuervermeidung von Konzernen oder vermögensbezogene Steuern erfolgen,
3. für die Errichtung einer europäischen Arbeitslosenversicherung einzutreten,
4. mit Frankreich und weiteren EU-Mitgliedsstaaten ohne weitere Verzögerungen eine Initiative zu starten, um mittels wirksamer Abwehrmaßnahmen wie Quellensteuern, Einschränkung des Betriebsausgabenabzugs sowie Einführung einer virtuellen Betriebsstätte den Druck auf Steueroasen zu erhöhen und auch Gewinne der digitalen Wirtschaft einer angemessenen Besteuerung in Europa zuzuführen,
5. ihre Blockade einer öffentlichen länderspezifischen Berichterstattung von Konzernen über wichtige Kennziffern wie Gewinne, bezahlte Steuern, Umsätze und Beschäftigte auf EU-Ebene aufzugeben,
6. sich für eine umfassende Finanztransaktionssteuer auf den Aktien-, Anleihe- und Derivatehandel einzusetzen,
7. sich auf EU-Ebene zur Verringerung des öffentlichen Schuldenstandes und einer gerechten Finanzierung der Krisenlasten für eine zeitlich befristete EU-weit koordinierte Vermögensabgabe von Millionären nach dem Vorbild des deutschen Lastenausgleichs nach dem 2. Weltkrieg einzusetzen,
8. sich auf EU-Ebene für ein öffentliches europäisches Investitionsprogramm in Höhe von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) etwa gegen Jugendarbeitslosigkeit, Klimawandel, zum Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge und für eine sozial-ökologische Industriepolitik einzusetzen,
9. sich kurzfristig in diesem Zusammenhang dafür einzusetzen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) im Verbund mit nationalen Zentralbanken im Einklang mit ihrem Inflationsziel direkt öffentliche Investitionen durch den Ankauf von Anleihen der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der nationalen Entwicklungsbanken unterstützen kann,
10. sich langfristig auf EU-Ebene für eine Änderung der EU-Verträge und der Statuten der EZB einzusetzen, um der EZB eine direkte Staatsfinanzierung im Einklang mit ihrer Zielinflationsrate zu ermöglichen,
11. sich überdies auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die EZB neben Preisstabilität gleichrangig auf ein Vollbeschäftigungsziel verpflichtet wird und dieses in Deutschland gesetzlich mit „einer Arbeitslosenquote von unter drei Prozent“ definiert wird,

12. sich kurzfristig für eine goldene Investitionsregel zu engagieren, die zivile öffentliche Investitionen von den Maastricht-Defizitkriterien ausnimmt,
13. sich mittelfristig für den Ersatz des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) sowie des Fiskalpakts durch konjunkturgerechte und vollbeschäftigungssichernde Ausgabenpfade einzusetzen,
14. sich für einen Mechanismus einzusetzen, der Schuldenschnitte für überschuldete Euroländer durch eine Anschlussfinanzierung der EZB flankiert, um einen Anstieg der Renditen auf den Anleihemärkten zu verhindern,
15. für eine EU-Bankenstrukturreform einzutreten, die durch die Trennung des Investmentbanking vom Kredit- und Einlagengeschäft systemrelevante Banken schrumpft,
16. sich auf EU-Ebene dafür zu engagieren, dass die Gefahr einer neuen Finanzmarktkrise durch die Einführung eines EU-weiten Finanz-TÜVs eingedämmt wird,
17. einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung nur zuzustimmen, wenn Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit eigener Institutssicherung nicht für risikoorientierte Finanzinstitute haften.

Zu Buchstabe b

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, sich auf Ebene der Europäischen Union intensiv für nachstehende Punkte einzusetzen:

- Einen Haushalt für den Euro aufstellen, der stabilisiert und investiert.
- In Europas Zukunft investieren.
- Den Europäischen Stabilitätsmechanismus sinnvoll reformieren und weiterentwickeln.
- Das Europäische Semester verbindlicher und transparenter gestalten und die parlamentarische Beratung stärken.
- Bankenunion vollenden.
- Europäische Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherung.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/8272 in seiner 38. Sitzung am 3. April 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/8272 in seiner 32. Sitzung am 3. April 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8283 in seiner 32. Sitzung am 3. April 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/8272 und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8283 in seiner 35. Sitzung am 3. April 2019 abschließend beraten.

Der **Haushaltsausschuss** beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/8272 und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8283 abzulehnen.

Der Beschluss zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/8272 wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. gefasst.

Der Beschluss zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8283 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gefasst.

Berlin, den 3. April 2019

Eckhardt Rehberg
Berichtersteller

Johannes Kahrs
Berichtersteller

Peter Boehringer
Berichtersteller

Otto Fricke
Berichtersteller

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstellerin

Sven-Christian Kindler
Berichtersteller

